

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Abonnementpreise: Die Spezialisten...  
Einzelnummer 25 Pf. Durch den Brief 1,20 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Verlagsort: Breslau, e. G. m. b. H., Nikolaiftr. 49/50.

Abonnementpreise: Die Spezialisten...  
Einzelnummer 25 Pf. Durch den Brief 1,20 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

## Aufruf

### an alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten Schlesiens.

#### Klassen-Genossen und -Genossinnen!

Wir treten an Euch heran, weil Ihr, ganz gleich welcher politischen oder gewerkschaftlichen Organisation in der sozialistischen Arbeiterbewegung Ihr angehört, Proletarier seid wie wir und als solche dasselbe leidet und denselben Kampf gegen das Elend und die Not führen müßt wie wir.

Ihr darbt wie wir, Eure Kleidung und Wohnung verkommt wie unsere. Kein Unterschied besteht da.

Kein Arbeiter, Angestellter oder Unterbeamter bekommt heute genügend Lohn oder Gehalt, um so viel Nahrung, Kleidung und Heizung kaufen zu können, wie er und seine Familie nötig haben.

Seit Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Fleischer- und Bäckerläden voll Waren, aber es stehen mehr hungrige vor den Läden als Käufer in den Läden.

Unterernährung und Krankheit, die im Kriege zu einer tödbringenden Massenvergiftung geworden sind, wüten weiter und fordern Opfer des Elendums und Todes unter uns und unseren Frauen und Kindern.

Die Preise steigen dauernd, aber die Löhne und Gehälter sollen nicht erhöht werden.

Die Unternehmer-Organisationen haben beschlossen, keine Lohnerhöhungen zuzugehen und jede Lohnbewegung mit Aussperrung zu beantworten. Das können sie aber nur so lange mit Erfolg tun, wie ihnen das Proletariat statt in geschlossener Front in einzelnen Teilen gegenübertritt.

Das Unternehmertum sabotiert die Produktion.

Immer mehr Betriebe werden trotz des großen Bedarfs an lebensnotwendigen Waren in der arbeitenden Bevölkerung eingestellt oder eingeschränkt, weil es das Profitinteresse der kapitalistischen Wirtschaft verlangt.

Die Masse der Erwerbslosen und Kurzarbeiter wächst.

Diese Schichten unter uns müssen bei geringen Unterfrühtungen und niedrigen Löhnen ein grauig elendes Leben führen. Ja, die statistischen Feststellungen ergaben, daß im ganzen Reich im Durchschnitt nur etwa ein Drittel der Erwerbslosen Arbeitslosenunterstützung erhalten.

#### Von einer Million Arbeitslosen

werden nur etwa 350 000 unterstützt.

Die Bourgeoisie schiebt und schlemt.

Die meisten neugegründeten Unternehmungen sind Vergnügungspaläste (Varietés, Dielen usw.). Dort amüsiert sich und prahlt das korruptierte, durchweg schiebende Bürgerthum bei Sekt und Weibern.

Alle beweglichen Waren, selbst Lebensmittel und Riesensummen steuerpflichtiger Kapitalien und Einkommen werden ins Ausland verschoben.

Der hohe Adel und selbst die Hohenzollern lassen die Kapitalien ins Ausland verschieben. Die Summen, die auf diese Weise nur von den Hohenzollern, einigen bekannten Heerführern und bekannten Großen aus der Berliner Industrie- und Handelswelt ins Ausland verschoben worden sind, belaufen sich nach bürgerlichen Pressmeldungen tatsächlich auf mehrere hundert Millionen.

Die Regierung der Schieberrepublik unterstützt das Unternehmertum.

Die Stinnesregierung hat schon einen Gesekentwurf ausgearbeitet, durch den der gesetzliche Achtstundentag durchbrochen werden soll.

#### Das Streikrecht soll beseitigt werden.

Während des Streiks der Berliner Elektrizitätsarbeiter hat die Reichsregierung bereits eine Zuchthausverordnung gegen die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe erlassen, durch die diesen Arbeitern schon jetzt das Streikrecht genommen ist. Den Beamten und Eisenbahnern verweigert die Regierung hartnäckig das Streikrecht.

Das Bürgerthum organisiert neben der legalen staatlichen Militärmacht illegale Selbstschutzorganisationen, auf die gestützt die Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung in ihrer brutalsten Form, in der Form des **weißen Schreckens**

nach ungarischem Muster aufgerichtet werden soll. Auch mit den Rechtssozialisten soll nach den von der „Münchener Post“ veröffentlichten Dokumenten „nicht mehr rücksichtslos umgegangen werden“. „Sie sollen gleichfalls so gut wie möglich erbeutigt werden. Beim Rechtsputz sind Sozialistenführer, ganz gleich welcher Richtung, in der Wohnung zu erschießen. In den Betrieben soll jeder fünfte Mann erschossen werden, wenn sich die Arbeiter den Maßnahmen der Unternehmer und der Orgeesch nicht fügen“, so lautet der Befehl der Orgeeschleitung.

#### Dieser Zustand, in dem eine korruptierte schlemmende Bourgeoisie die immer mehr verelendende arbeitende Bevölkerung aufs brutalste ausbeutet und unterdrückt, schreit nach Milderung.

Deshalb hat die Zentrale der D. R. P. D. an die Zentralen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands einen

#### Offenen Brief

gerichtet mit der Aufforderung, für die folgenden Forderungen über die Einleitung einer geschlossenen Aktion des ganzen Proletariats mit uns in Beratungen einzutreten.

Das Aktionsprogramm für diese Aktion enthält folgende Punkte:

- I. a) Einleitung von eigentlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten.
- b) Erhöhung aller Renten und Pensionen der Kriegsoffer, Rentner und Pensionäre entsprechend den geforderten Lohn- und Gehaltsätzen.
- c) Einheitliche Regelung der Arbeitslosenbezüge für das ganze Reich auf der Grundlage der Verdienste der Vollbeschäftigten.

Belastung des Reiches mit der Unterstützung unter ausschließlicher Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke.

Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.

II. Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, nämlich:

- a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen-, Waisengeldempfänger usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Bereitstellung der Mittel dafür durch das Reich.

- b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räume mit dem Recht, nicht nur zwangsweiser Einquartierung, sondern auch zwangsweiser Ausquartierung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.

III. Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:

- a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Kohle, Düngemittel durch die Betriebsräte.

Wieberingangsetzung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen, Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundfähen zu II a.

- b) Kontrolle der Bestellung der Ernte und des Verkaufs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Guts- und Kleinbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

IV. a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

- b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven oder aus Gründen der bestehenden allgemeinen Not begangen wurden. Freilassung aller politischen Gefangenen.
- c) Aufhebung der bestehenden Streikverbote.
- d) Sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland.

Klassengenossen und -Genossinnen!

Die Zentralorgane der D. R. P. D. und U. S. P. haben bisher auf diesen offenen Brief der Zentrale der D. R. P. D. ausweichend oder mit Schimpferien geantwortet.

An Euch liegt es jetzt, zu der Frage einer gemeinsamen Aktion des ganzen Proletariats und zu diesem Aktionsprogramm in Betriebsversammlungen, in den Versammlungen Eurer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und in öffentlichen Versammlungen Stellung zu nehmen.

Beschließt und fordert in energischen Resolutionen, daß die Vorstände Eurer örtlichen Organisationen und Eure zentralen Instanzen sofort mit den zentralen und örtlichen Organisationsleitungen der D. R. P. D. in Beratung über die gemeinsame Aktion eintreten.

Auf, an die Arbeit! Schnelles Handeln ist notwendig, wenn das Elend die arbeitende Bevölkerung nicht vollkommen zermürben soll und der weiße Terror die Arbeiterbewegung nicht ersticken soll.

Denkt an die Mordpläne der Waldenburger Orgeesch.

D. R. P. D., Bezirksverbandsleitung Schlesien.

#### Massenaufmarsch

#### der Berliner Arbeiter.

Berlin, 10. Januar. Immer gewaltiger wird das Meer der Proletarier, die sich zur Kommunistischen Partei bekennen. Das hat der gestrige Tag bewiesen. Bei dem Aufmarsch der Massen erlebte, wer da sah, wie sie in großen Hügen unter roten Fahnen und dem Gesange revolutionärer Lieder anmarschierten, der wird sich des Eindrucks nicht erwehren können: Der gestrige Massenaufmarsch des Berliner Proletariats war eine der gewaltigsten Kundgebungen für die proletarische Revolution!

Es war ein Sieg der kommunistischen Idee, eine Niederlage der „Freiheit“ Leute, die trotz der widerlichsten Schimpf- und Hetzparolen gegen das revolutionäre Proletariat nicht verhindern konnten, daß Zehntausende von Proletariaten dem Ruf der kommunistischen Partei Folge leisteten. — Kampfesmut und Zuversicht in den Gesichtern, tiefen Groll und Haß im Herzen, so standen die Massen und lauschten unseren Rednern. Stürmische Zurufe und am Schluß der Versammlung gewaltig anschwellende Hochrufe auf die proletarische Revolution, auf Sowjetrußland, auf die gemordeten Führer und Opfer der Weltrevolution gaben dem Willen des revolutionären Proletariats Ausdruck, zu siegen oder zu sterben für die Befreiung aus Jammer und Elend, aus Knechtschaft und Abhängigkeit.

Wie tief diese Gedanken bereits in den Herzen des Proletariats Wurzel geschlagen haben, davon zeugte das Ausbarren der Massen im stürmenden Regen, bei kältestem Wetter, trotz schlechter Kleidung und unternehmendem Körper, und nicht zuletzt auch der gewaltig über den großen Platz dröhnende Massengefang, hundertfältiges Echo weckend.

Die D. R. P. hat ihre erste große Nachtprobe glänzend bestanden. Gegen den gewaltigen Nachtapparat der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, gegen alle Hindernisse der offenen und verkappten Gegenrevolution hatte sie gestern 40 000 Arbeiter und Angestellte (die bürgerliche Presse meldete 18 bis 20 000) hinter sich gesammelt.



# Kommunistenhege und Einigung des Proletariats.

Die Vorbedingung des Sieges der proletarischen Revolution ist die gemeinsame Aktion aller Klassenbewußten Proletarier. Selbst wenn ihre Wege zum Ziele getrennt sind, im Augenblicke der Entscheidung müssen sie gemeinsam die gemeinsamen Klasseninteressen gegenüber der Konterrevolution durchsetzen können. Bei ihrer heillosen politischen Zersplitterung ist es umso notwendiger, beizeiten eine solche Einheitsfront für Aktionen vorzubereiten, damit die entscheidende Situation ein gerüstet Geschlecht vorfinde. Diese Selbstverständlichkeit hat die V. R. P. D. veranlaßt, an alle proletarischen Parteien und Organisationen die Aufforderung zu einer Art Arbeitsgemeinschaft für die Durchsetzung der zurzeit unbedingt notwendigen Lebensforderungen des Proletariats zu richten, womit sie zweifellos den proletarischen Massen ohne Unterschied des engeren Parteibekenntnisses aus der Seele gesprochen. Empfinden doch die Arbeiter angefaßt der wachsenden Konzentration und Festigung der reaktionären Mächte auf allen Gebieten umso lebhafter ihre eigene, zumeist auf theoretischer Unklarheit und Kurzsichtigkeit ihrer Führer beruhende parteimäßige Zersplitterung, Nachschwächung und Aktionsunfähigkeit.

Während die V. R. P. D. durch ihren offenen Brief den Ruf nach der revolutionären Einigung des Proletariats nicht allein in Worte fuhrt, sondern die einzig mögliche praktische Lösung anstrebt, gefallen sich einseitigen noch die Mäntel der anderen proletarischen Richtungen in einer schlechterdings nicht zu übertreffenden Kommunistenhege. Anknüpfend an die Hensburger Vorfälle wird uns die strapelloseste Ausnutzung aller irgendwo politischen Anlässe aus parteipolitischen Motiven vorgeworfen. An die Kritik, die unser Zentralorgan, die „Rote Fahne“ in Berlin, an dem voreiligen Beschluß von 400 Hensburger S. P. D. und K. S. P. D.-Funktionären über den Abbruch aller Beziehungen zu den Kommunisten gerührt, knüpft z. B. die „Freiheit“ folgenden lieblichen Erguß:

„Für die „Rote Fahne“ ist das aber nur eine gute Gelegenheit, dieses Unglück mit kaltem Ignominus für ihre elenden Fraktionszwecke auszunutzen. So dumm sind doch selbst diese Reaktionen nicht, daß sie nicht genau wußten, daß das, was ihre Leute in Hensburg gemacht haben, ein Frevelspiel mit Arbeiterleben gewesen sei. Aber die „Rote Fahne“ braucht solche Vorfälle. Zuerst treiben die Kommunisten die Arbeiter in die Maschinen-gewehre und, wenn dann das Unvermeidliche geschehen ist, dann beginnt eine Hege, die sich vor allem wieder gegen die sozialistischen Parteien richtet, die gegen diese verruchte Taktik, sinnlose Falsche zu inszenieren, sich zur Wehr setzen. Die innerliche Verlogenheit, die moralische Schwächung der ganzen kommunistischen Agitation kommt in diesem Versuch, das Unglück, das sie selbst angerichtet haben, zur Agitation gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zu benutzen, in unüberhöflicher Klarheit zum Ausdruck.“

Der „Vorwärts“ übt sich in der gleichen Weise, die phrasenmäßig nur deshalb weniger kraß klingt, weil der reformistische Gedanke in seiner Redaktionsstube schon längere Zeit seinem abmildernden Einfluß ausweichen konnte. Die Tendenz seiner Ausführungen aber deckt sich mit jener der „Freiheit“ - Anwürfe gegen die Tätigkeit der V. R. P. D.

Auch die Gewerkschaftsleitungen halten mit ihrer antimobilistischen Abneigung nicht zurück. Lediglich deshalb, weil die Berliner S. P. D. am 9. Januar gegen die unerhörten Proletariererschlägereien in Hensburg demonstrieren will, hat die Ortsverwaltung des D. G. S., die am gleichen Tage zu anderer Stunde zu einer Demonstration der Eisenbahner gegen die Mißachtung ihrer Forderungen durch die Regierung aufgerufen hatte, ihre Aufforderung zur Demonstration widerrufen, wodurch sie zwar nicht verhindert, aber nunmehr doch die Bewegung selbst geschwächt wird, insofern, als der Regierung gegenüber eine Uneinigkeit vorgetäuscht wird, die gerade in Bezug auf die materiellen Forderungen der Eisenbahner nicht besteht. Ob die Freunde der reformistischen Leitung des D. G. S. die Verantwortung für eine so weit sehr gegen ihren Willen durch die Stimmung der Eisenbahner notwendig gewordene Demonstration von sich abwälzen zu können, mit diesen ablehnen Folgen auf Kosten der Eisenbahner bezahlt gemacht werden dürfte, darüber werden sie selbst nicht irren können.

Selbstverständlich ist die Agitation der sozialistischen Presse gegen die V. R. P. D. und ihre Beanspruchungen den bürgerlichen Reaktionsorganen ein gefundenes Fressen. So ergötzt die schwerindustrielle-schwarzarbeiterische „Post“ die ältesten Auslassungen der „Freiheit“ folgendermaßen:

„Schöner könnten wir's auch nicht sagen. Aber was sind Worte gegenüber dem politischen Gesindel! Reuten, die Leichen und Kinder als Dotation brauchen, was man ganz anders können. Sie wollen sich nicht wie sie sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung aufhielten, wie Schulbuben“ behandeln lassen? Nun, Schulbuben behandeln sich nicht so rade, es seien denn die Sproßlinge kommunistisch-organisierter Väter...“

In ähnlicher Weise ist die gesamte bürgerliche Presselemente zum aktiven Vorgehen der konterrevolutionären Einheitsgewalt gegen unsere Partei und brüht dabei die bekannten Unwahrheiten von den unantastbar bevorstehenden „kommunistischen Unruhen“ auf.

Selbst die einseitigen Glieder der proletarischen Bewegung fassen, in der Weise der „Freiheit“ und des „Vorwärts“ gegen die V. R. P. D. vornehmlich vorzugehen, wird es mit der auch temporären Einigung des Proletariats wohl nichts werden können. Der die Schuld an den sich daraus ergebenden Konsequenzen trägt, die die Kraft im Proletariat immer mehr vertiefen, während sich sein bourgeois-klassengegner, unbeschadet auch der bei ihm parcellen in den einzelnen Lagern nachdenklichen schwarzen Gegenüber, der Arbeiterschaft abwärts herabsinken entgegenstellt, müssen die Arbeiter selbst entscheiden.

# Die Breslauer Heizer und Maschinisten für das Aktionsprogramm des Offenen Briefes.

## Ein Beispiel zur Nachahmung.

Eine am Sonntag, den 9. Januar 1921, stattgefundene Verbandsgeneralversammlung der Breslauer Maschinisten und Heizer nahm mit über Zweidrittelmehrheit folgende Resolution an:

„Wir erziehen unsere Organisation, im Gewerkschaftsartikel dahin zu wirken, daß der Offene Brief der V. R. P. D. (veröffentlicht in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 9. Januar 1921) zur Verwirklichung der Einigung des Proletariats und menschlicher Lebensbedingungen für die breiten Massen, beschleunigte Annahme findet.“

Dieses Vorgehen der Heizer und Maschinisten ist ein ansprachendes Beispiel für das, was die Arbeiterschaft jetzt in allen Organisationen tun muß um die Führer, die sich der Einigung des Proletariats auf der Grundlage des im Offenen Brief niedergelegten Aktionsprogramms in den Weg stellen.

## Auch die Essener Eisenbahner für den Kampf.

Die Betriebsräte der Eisenbahner in Essen haben an den D. G. S. in Berlin ein Telegramm gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

„Im Anschluß an das Telegramm des Aktionsausschusses, Bezirk Essen, vom 8. Januar, fordern die vereinigten Betriebsräte von Groß-Essen, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Lehnen jede Urabstimmung ab, bei Annahme des durch die Presse bekannt gegebenen Abkommens ist Sonderaktion unvermeidlich.“

## Die Arbeitslosigkeit im britischen Reich.

In Südwales liegt nicht nur die Metallindustrie still, sondern die Arbeitslosigkeit beginnt sich auch schon auf die Bergwerke auszudehnen. Ebenso kommt aus Kanada die Nachricht, daß dort in allen Städten die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag ernstet wird.

## Eine sozialistische Gemeinde Italiens gegen die Unternehmerjohotage.

In Alexandria haben die Besitzer der großen Schulfabriken, die während des Krieges enorme Profite gemacht hatten, ihre Betriebe stillgelegt und so eine große Zahl von Arbeitern brotlos gemacht. Nun hat aber die sozialistische Gemeindevverwaltung eine der Fabriken selbst übernommen und in Betrieb gesetzt.

## Die Einigkeit des Proletariats im gemeinsamen Kampfe gegen Arbeitslosigkeit, Teuerung und die Dragesch tut not!

Im ganzen Reich gilt es, Versammlungen einzuberufen mit der Tagesordnung:

**Gemeinsame Front des Proletariats in den kommenden Kämpfen!**

**Rüft die Ortsverwaltungen aller Gewerkschaften zur Stellungnahme zur gemeinsamen Aktion in den kommenden Auseinandersetzungen mit dem Kapital!**

**Beruft in jeder Werkstätte Versammlungen aller Arbeiter ein, die über die Fragen der gemeinsamen proletarischen Aktion beraten müssen!**

**Revolutionäre Arbeiter und Arbeiterinnen aller proletarischen Parteien!**

**Laßt Euch nicht durch Eure Führer von einer gemeinsamen Front in den kommenden Kämpfen abhalten!**

**Rüft Eure Führer zu einer gemeinsamen Aktion um Brot und Freiheit!**

**Ueber das ganze Reich schalle der Ruf: Proletarische Einigkeit in den kommenden Kämpfen!**

# Politische Uebersicht.

## Die Haltung der Führer der Rechtssozialisten.

Der „Vorwärts“ reagiert auf unsere Aufforderung zur Einigung des Proletariats mit folgenden Sätzen:

„Diese Einladung, die gleichzeitig als Ultimatum dienen kann, ist natürlich weiter nichts als ein latenter Angriff. Die Führer der proletarischen Einigkeit stellen sich auf einmal als Förderer dieser Einigkeit vor und verlangen von der sozialdemokratischen Partei binnen fünf Tagen eine Erklärung, ob sie wider der Führung von Däumig und Levi in den Kampf ziehen will oder nicht. Der sozialdemokratische Parteivorstand wird jedenfalls die Antwort nicht schnellig leisten. Wir möchten aber, ohne ihm vorzugreifen, schon jetzt sagen: Die sozialdemokratische Partei ist zu gemeinsamen Aktionen bereit, wo über die Ziele und die zu ihrer Erreichung zweckdienlichen Mittel Uebereinstimmung herrscht oder auf dem Wege von Verhandlungen Uebereinstimmung geschaffen werden kann. Will die V. R. P. D. mit uns verhandeln, so sind wir dazu bereit. Aber daß man uns einen Panzerkampf mit der Frage: „Wollt Ihr oder wollt Ihr nicht?“ — das ist ein schuft überaus und lächerliches

Vorgehen, aus dem kein Mensch die ehrliche Absicht zu einer wirklichen Gemeinschaftsarbeit herauslesen kann.

Wir möchten den Kommunisten dringend raten, auf solche Späße zu verzichten und sich einmal mit den Vertretern der großen Arbeiterorganisationen zu vernünftigen Verhandlungen an einen Tisch zu setzen. Vielleicht wäre es auf diese Weise möglich, die neuen Dummheiten zu verbieten, die die Kommunisten zum Schaden der Arbeiterklasse zu begehen im Begriff sind, und für die auch nur den wenigsten Teil der Mitverantwortung zu übernehmen, unsere Partei auf das allerentschiedenste ablehnt.“

Der „Vorwärts“ hält es für angebracht, seinen Lesern bei dieser Gelegenheit einmal wieder das alte Märlein von der Zersplitterung der proletarischen Einigkeit durch die Kommunisten aufzutischen. Diese Behauptung wird, trotzdem sie bei jeder Gelegenheit wiederholt wird, keinen Glauben bei den Lesern des „Vorwärts“ finden. Entscheidend ist für sie die Tatsache, die im Bewußtsein der besten S. P. D. und U. S. P. D.-Arbeiter lebt, daß sie im Januar 1919, im März 1919, im Januar 1920 und im März 1920 Schulter an Schulter mit den Kommunisten im Kampf standen gegen den gemeinsamen Feind des Proletariats, gegen die weißen Gardes des Kapitals. Diese Gemeinschaft des Proletariats, die im Kampfe bisher immer vorhanden war, schweigt die Arbeiter zusammen. Sie läßt den starken Willen entstehen nach einer Kampfsgemeinschaft, die nicht nur Tatsache wird, wenn das Proletariat einen bewaffneten Angriff seiner Feinde abzuwehren hat, sondern die auch in anderen Situationen dieses Massenwillens zum gemeinsamen Kampf muß der „Vorwärts“ Verhandlungen zwischen uns und der S. P. D. als selbstverständlich voraussetzen, wenn er sich auch schon jetzt mit allerlei Vorbehalten eine Rückzugslinie zu sichern sucht. Verstehen die rechtsstehenden Führer die Zeichen der Zeit, dann werden sie mitwirken bei der Schaffung einer einheitlichen Kampffront des Proletariats. Stellen sie sich dem entgegen, dann muß gegen ihren Willen, über ihre Köpfe hinweg erfolgen:

Die Einigung des Proletariats im gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Teuerung und Dragesch.

## Die Helfershelfer der Reaktion.

Der Versuch der rheinisch-westfälischen Montanmagnaten, einen allgemeinen Vorstoß zur Verlängerung der Achtstundenschicht einzuleiten, hat auf den Thyffenschen Werken in Hamborn, deren Belegschaft das Versuchsklammer abgeben sollte, den erbittertesten Widerstand gefunden. Die gesamte Belegschaft — etwa 13 000 Mann — trat in den Streik, der, als die Werke von der Verwaltung kurzerhand stillgelegt wurden, die volle Solidarität der gesamten Hamborner Arbeiterschaft fand.

Die Tatsache, daß die Hamborner Vorgänge die gesamte Ruhrarbeiterschaft auf das höchste erbitterten, ist den Leitungen der arbeitsgemeinschaftlichen Bergarbeiterorganisationen offenbar sehr unangenehm. Sie hatten sich von vornherein gegen die Aktion der Hamborner Arbeiter ausgesprochen und befürchteten wahrscheinlich ein Schwinden ihres Einflusses für den Fall ihrer Ausdehnung über das ganze Ruhrgebiet.

Während nun am 11. Januar in Essen a. Ruhr eine Konferenz der Delegierten der Betriebsräte, Zechenräte und aller anderen Betriebsvertretungen des Ruhrgebietes tagen soll, um zu den Hamborner Vorgängen Stellung zu nehmen, leisten sich die vier Bergarbeiterverbände eine Antifreieproklamation nach berühmten Mustern, die von Beschimpfungen der Hamborner Führer geradezu wimmelt. Es heißt darin: Die Arbeiter der Thyffenhütte in Hamborn seien zunächst durch unverantwortliche Personen in den Streik getrieben worden, der von den maßgebenden Gewerkschaften nicht anerkannt sei. Jetzt sollen ihnen die Bergarbeiter folgen. Not und Elend sollen in noch größerem Maße in die Arbeiterfamilien einziehen, nur um die politischen Absichten jener Leute zu erfüllen. Die unglaublichen Gerüchte werden von jener Seite verbreitet. Bald sollen die gesamten Eisenbahnen stillliegen, bald soll die Einführung einer verlängerten Schichtzeit im Bergbau beabsichtigt sein, ja, es wird sogar behauptet, daß die unterzeichneten Bergarbeiterverbände einer Verlängerung der Schichtzeit zugestimmt hätten. Kameraden, laßt Euch nicht täuschen. Die Absichten jener dunklen Ehrenmänner sind zu durchsichtig; nicht auf die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter kommt es ihnen an.

Wir glauben nicht, daß die Essener Konferenz sich von dieser Subdellei irgendwie in ihren Beschlüssen beeinflussen lassen könnte. Umso mehr freuen sich die reaktionären Organe, die den Aufbruch benutzen, um damit eine neue Hege gegen unsere Genossen zu betreiben. Sie faheln von mutwilligen Kraftproben der Kommunisten und Unionisten, reden von „freunden Streikgegnern“ usw. und tun alles, um das schärfste Vorgehen gegen die Streikenden zu provozieren. Die Hue und Genossen haben sich wieder einmal in eine wirklich angenehme Betgenossenschaft begeben.

## Der Drageschönig Esherich redet deutlich.

(ZL) Würzburg, 10. Januar. Vor den Vertretern der unterständigen Eisenbahner steht der Gründer und Führer der Dragesch, Friedrich Esherich, eine bemerkenswerte Rede, in der er erklärte, so lange die legalen Nachmittels nicht ausreichen und die Politik nicht absolute Ruhe und Ordnung gewährleisten kann, so lange dürfen wir unsere Waffen nicht abgeben. (Stärm. Beifall.) Esherich sagt fort, daß schwere Tage kommen werden. Wir dürfen unsere wertvollsten Kräfte nicht im Stiche lassen. Gerade als Bayern haben wir die Pflicht, allen Separationsbestrebungen entgegenzutreten. Es gibt für uns keine Donauabderation, keine Annexion, es gibt nur ein deutsches Reich. Jeder Patriot, komme er von rechts oder links, ist ein Verbündeter.

Das über den Patriot von rechts hätte Herr Esherich sich erheben können. Es glaubt doch ernstlich kein Mensch.



Die italienische Regierung gegen die Arbeitslosen und die Metallarbeiter.

Mutig gemacht durch die weißgarbigen Gewalttaten gegen das italienische Proletariat, hat die italienische Regierung einen Gewaltstreik gegen die Arbeitslosen unternommen. Sie hat eine neue Verfügung über die Arbeitslosenunterstützung erlassen, die ungefähr vier Fünfteln der Erwerbslosen die längliche Unterstützung entzieht. So sollen von den 10 000 Arbeitslosen Mailands etwa 8000 ihre Unterstützung verlieren. Aber die Mailänder Arbeiterschaft ist entschlossen, sich diese Ohrfeige nicht gefallen zu lassen. Eine große Versammlung der Mailänder Arbeitslosen hat schärfsten Protest gegen diese Absicht der Regierung erhoben, und die Folgen dieser Angelegenheit sind noch unabsehbar. Freilich werden die italienischen Arbeiter, wenn sie wirklich erfolgreich vorgehen wollen, sich vor allem von der schwächlichen Leitung der Gewerkschaftsbürokratie freimachen müssen. Für die Haltung dieser Herrschaften ist folgendes Bezeichnend: Als die Metallarbeiter im September die besetzten Betriebe wieder freigaben, wurde als eine Hauptforderung der Arbeiter gestellt und angenommen, daß niemand für sein Verhalten während der Betriebsbesetzung bestraft werden dürfe. Dessen ungeachtet sind jetzt eine Reihe von Metallarbeiterfunktionären wegen der damaligen Vorgänge verhaftet worden. Anstatt sofort eine Gegenaktion des Proletariats einzuleiten, erläßt der Metallarbeiterverband eine ganz lenkhamme Protesterklärung gegen die Verhaftungen! Aber der Druck der Verhältnisse wird auch in Italien die Proletarier auf den richtigen Weg treiben.

Gewerkschaftliches.

Die Tagesfragen der Gewerkschaftsbewegung.

Von Rich. Müller. (20. Fortsetzung.)

Aber es erscheint uns doch notwendig, das harmonische Verhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern noch etwas weiter zu beleuchten. Ende Oktober tagte der wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates (die Spitze aller Arbeitsgemeinschaften) in gemeinsamer Sitzung. Man beriet eine Verordnung über Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Betriebsstilllegungen.

Die Verordnung bestimmte für gewerbliche und Verkehrsbetriebe mit mindestens 20 Arbeitern die Anzeigepflicht bei beabsichtigter Betriebsstilllegung oder Abbruch von Betrieben. Und weiter bestimmt sie:

„Eine Betriebsänderung darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisierungsbefehlsbehörde, die gegebenenfalls zur Enteignung und Beschlagnahme gegen Entschädigung befugt ist, nicht vorgenommen werden.“

Gegen diese Verordnung erhob der Vertreter der Unternehmer, Kleinrath, Protest und erklärte, wenn die Verordnung angenommen wird, dann sperren die Unternehmer die Arbeiter aus.

Herr Wisse II (Rechtssozialist) und der Reichsarbeitsminister Brauns suchten die Unternehmer zu beruhigen. Sie meinten, eine solche Verordnung sei nötig zur Beruhigung der Arbeiter.

Da erklärte Herr von Simens im Namen der Unternehmer, sie stimmen der Verordnung zu, wenn folgende Änderungen vorgenommen werden: daß Betriebe stillgelegt werden können, wenn Mangel an Rohle, Betriebsstoffen und Rohstoffen nachweislich vorhanden ist und wenn der Betrieb stillgelegt wird infolge von Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern.

Diesen Vorschlägen der Unternehmer stimmten alle Vertreter der Arbeiter zu.

War die Verordnung in ihrer ersten Fassung bereits ein wertloses Dekorationsstück, da ja die Demobilisierungsbefehlsbehörde Fleisch vom Fleische der Unternehmer ist, so ist sie jetzt zur Farce geworden.

Gibt es einen Unternehmer, der seinen Betrieb schließen will und der nicht in der Lage ist, Mangel an Betriebs- und Rohstoffen nachzuweisen? Reizt diese Verordnung nicht die Unternehmer direkt zur Aussperrung der Arbeiter, wenn er seinen Betrieb zu schließen beabsichtigt? Die Vertreter der Arbeiter im Reichswirtschaftsrat haben dieser Verordnung zugestimmt.

Mancher wird das Rätsel nicht lösen können.

Und doch löst sich dieses Rätsel leicht. Die Arbeitsgemeinschaft verpflichtet die Gewerkschaftsführer zur Harmonie mit den Unternehmern. Eine solche Harmonie muß stets zum Vorteil der Unternehmer auslaufen. Ja, noch mehr: Schließt ein Gewerkschaftsführer einen Harmonievertrag mit Unternehmern ab — und die Arbeitsgemeinschaft ist ein solcher — dann wird der Gewerkschaftsführer sehr bald der Knecht, das Werkzeug des Unternehmers. Auch dafür läßt sich der Beweis erbringen.

Wir weisen bereits auf das Geheimnisklauer einer Arbeitgeber-Spitzenorganisation hin, in welchem der Abbau der Löhne gefordert und die Aussperrung ganzer Bezirke angedroht wird. Was steht weiter in diesem Zirkular?

..... Zur Vorbereitung des Lohnabbaus, mit dem am besten der Bergbau und die Chemische Industrie beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte, sowie Heberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und ... zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind.

(Fortsetzung folgt.)

Der Wahlausruf der B. R. P. D. ist erschienen, die Verfassung ist veröffentlicht und in Kraft getreten und die Wahlgeseze für den preussischen Landtag, für die Provinziallandtage und für die Reichstage sind veröffentlicht und die Anordnungen für die sofortigen Vorbereitungen zur Aufstellung der Wählerlisten sind erfolgt. Danach sind alle Personen beider Geschlechter in die Wählerlisten aufzunehmen, die am 20. Februar das 20. Lebensjahr vollendet haben. Es darf also nicht mehr länger mit den Vorbereitungen der Wahlen gewartet werden.

Es muß nun von allen unseren Organisationen sofort die Aufstellung der Kandidatenlisten erfolgen, denn die Wahlvorschläge müssen mit den erforderlichen Unterschriften (20 Wähler) und den Zustimmungserklärungen der Kandidaten den Wahlleitern in den Wahlkreisen spätestens am 30. Januar eingereicht sein. Wählbar sind nur Wähler, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Für unsere Partei kommen aber bei der Kandidatenaufstellung noch besondere wichtige Vorschriften in Frage, die in den Leitfäden über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus nachzulesen sind. Es mag hier der wichtigste Absatz über die Vorbereitung von Wahlen wiedergegeben sein:

„Um die wirkliche Durchführung der revolutionären parlamentarischen Taktik sicherzustellen, ist es notwendig, daß 1. die kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihr Zentralkomitee bereits im Vorbereitungsstadium, d. h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentsfraktionen sorgen müssen. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentsfraktion verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn keine Gewähr besteht, daß dieser Kandidat, wenn er ins Parlament gelangt, eine wirklich kommunistische Politik verfolgen wird.“

Die kommunistische Partei muß mit der alten sozialdemokratischen Gewohnheit brechen, ausschließlich sogenannte „erfahrene Parlamentarier“, vorwiegend Rechtsanwälte u. dgl. als Abgeordnete aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stoßen, daß diese meist einfache Parteimitglieder ohne große parlamentarische Erfahrung sind. Diejenigen Strebelemente, die sich an die kommunistische Partei heranmachen, um ins Parlament zu gelangen, muß die kommunistische Partei rücksichtslos brandmarken. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen derjenigen Leute bestätigen, die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse gezeigt haben.“

Im übrigen gehen den Bezirkssekretären der Vereinigten kommunistischen Partei alle zur Vorbereitung der Wahlen erforderlichen Materialien zu. Besonders ist noch darauf aufmerksam zu machen, daß keine Termine veräußert werden dürfen und die gesetzlichen Wahlvorschriften eingehalter werden müssen. Die schriftliche und mündliche Wahlpropaganda muß schon jetzt vorbereitet und organisiert werden.

Aufstellung der preussischen Wählerlisten.

Die Anordnungen für die sofortigen Vorbereitungen zur Aufstellung der Wählerlisten für die Landtagswahlen in Preußen sind nunmehr ergangen. Aufzunehmen sind in die Wählerlisten alle Wähler, die bis zum 20. Februar d. Js. das 20. Lebensjahr vollendet haben.

Die preussischen Landwirtschaftskammern sollen nach dem neuen, kürzlich erst angenommenen Wahlrecht vom 27. Februar neu gewählt werden.

Die Hege beginnt.

Wie früher der Reichslügendverband sich auf die sozialdemokratischen Kundgebungen stützte, sie verzerrte, zersetzte und sie demagogisch bearbeitete, so geschieht dies jetzt naturgemäß in erhöhtem Maße mit den kommunistischen Kundgebungen. Nur ein Unterschied besteht; jetzt haben sich in die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien auch die Hilferlinge und Gespiene einrangiert. Wie demagogisch z. B. die Vorgänge im sächsischen Landtag in der Behandlung des Erwerbslosenentwurfes von der „Freiheit“ als Wahlhege gegen die B. R. P. D. behandelt wurde, haben wir schon gezeigt. Recht charakteristisch ist in dieser Angelegenheit auch, was die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt: Im Anschluß an einen Bericht einer Arbeitslosenversammlung in Dahlen schreibt sie ganz im Sinne der alldeutschen „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Das ist die alte unehrliche Methode. Man wirft einige Redensarten in die aufgeregte Masse, bei denen sich jeder denken kann, was er will und nützt die so geschaffene Erregung im Parteiinteresse aus, ganz unbekümmert darum, daß diese Taktik schließlich zum Schaden derjenigen ausläuft, denen man angeblich helfen will. Wundern muß man sich nur, daß die Arbeitslosen diese demagogische Methode immer noch nicht durchschaut haben.“

Im „Vorwärts“ hat der Wahlausruf unserer Partei eine Besprechung erfahren, die „kommunistischer Wahlwirrwarr“ überschrieben war. Zuerst wird dort in sehr selbstgefälliger Weise festzustellen versucht, daß an der Tätigkeit des jetzigen Ministeriums Brauns-Seydewitz von den Kommunisten nichts anzusetzen sei, ... Wahlausruf der B. R. P. D. ...

das Stamperblatt aber in folgender blödsinnig demagogischer Weise:

„Im übrigen spiegelt der Ausruf der B. R. P. D. die ganze prinzipielle Hilflosigkeit der Kommunisten bei Wahlen wieder. Erst wird betont, daß die Demokratie die Volksmassen nur verblüme, dann heißt es wörtlich: „Der Stimmettel wird uns nie und nimmer den Sieg bringen“, und am Schluß wird alles aufgefodert, kommunistisch zu wählen. Ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen wird selbst unter der größten Aufbietung kommunistischer Sophistik nicht begreifen, warum man kommunistisch wählen soll, wenn das Wählen doch keinen Zweck hat.“

Zum Schluß versucht das rechtssozialistische Zentralorgan am Falle Braunschweig nachzuweisen, daß „jede kommunistische Stimme praktisch für die Deutschnationalen zähle“. Wie aber dieser Versuch ist, das beweist dem „Vorwärts“ die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Besprechung des kommunistischen Wahlausrufes, den sie „Selbstenttäuung“ überschreibt und den Absatz darauf abdruckt, der vom unererblichen Klassenkampf handelt, um daraus zu schließen, daß eine „ausreichende Ordnungsmacht notwendig“ ist und zum Schluß erklärt das edle Agrarierblatt, es als „Schwindel“, daß „nur der Kommunismus das zerstörte Wirtschaftsleben wieder zu höchster gesteigerter Produktion zu entfalten gewillt“ ist. Also in der Beurteilung des Kommunismus herrscht volle Harmonie von der „Tageszeitung“ bis zum „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Leipziger Volkszeitung“.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daraus die richtige Lehre ziehen, sie wird nicht verpassen, was die Kommunisten für die Erwerbslosen und auch für die Beamten in den verschiedensten Parlamenten bisher schon getan haben. Und die deutsche Arbeiterschaft wird besonders aus dem zuletzt veröffentlichten „Offenen Brief“ an alle sozialistischen Parteien und den Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände erkennen, daß die Kommunisten nicht die Zersplitterer, sondern die Einiger des Proletariats auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes sind.

Die Wahlen am 20. Februar müssen deshalb durch die Stimmgabe für die B. R. P. D. eine große Rundgebung werden

- gegen die bürgerliche Gesellschaft,
gegen den Kapitalismus,
gegen die bürgerlichen Parteien,
gegen die Rechtssozialisten, die Handlanger des Bürgertums,
gegen die schwankenden, durch ihre Vaihheiten konterrevolutionär wirkenden Rechtsunabhängigen,
für den Sozialismus,
für den unererblichen Kampf gegen das Kapital,
für die soziale Revolution,
für die Diktatur der Werktätigen und Schaffenden,
für die Weltrevolution,
für die kommunistische Internationale!

Die großen Kanonen!

An der Wasserfronte wird in diesen Tagen der ehemalige Reichskanzler Gustav Bauer den Wahlkampf für die Rechtssozialisten eröffnen, nachdem es ihm schon der rechtssozialistische Ministerpräsident Otto Braun in seiner Heimatstadt Königsberg vorgemacht hat. Die bürgerliche und die ihr nahestehende rechtssozialistische Presse beschäftigt sich eingehend mit dem Inhalt der Rede Brauns, die allgemein als eine Art rechtssozialistisches Wahlprogramm betrachtet wird. Bürgerliche Zeitungen entrißten sich über manche Wendungen — so namentlich darüber, daß Braun die Orgele und andere sogenannte Selbstschutzzorganisationen unbedingt aufgelöst wissen will, da jede Bewaffnung eines Teiles der Bevölkerung eine Gefahr für unser Wirtschaftsleben und den Wiederaufbau Deutschlands sei und daß er von der Steuerlichen der Wsitzenden sprach — während die rechtssozialistischen Blätter nach dem „Vorwärts“ die Rede Brauns als ihren Wahlfateichismus feiern. Besondere Freude scheint ihnen dabei zu machen, daß Braun den alten Ladenaüter der ehemaligen Fortschrittler gegen die Sozialisten hervorholt, wonach jetzt die Kommunisten nur der Reaktion nützen. In den rechtssozialistischen Zeitungen werden dabei wieder in alter demagogischer Weise die paar radikal klingenden sonst aber zu nichts verpflichtenden Phrasen in besonderem Fettdruck hervorgehoben und so auf den oberflächlichen Zeitungsleser den Eindruck zu erwecken versucht, als ob der Herr Ministerpräsident noch immer ein wackerer Kämpfer des Proletariats in Stadt und Land sei.

Wenn Braun das rechtssozialistische Wahlprogramm wirklich in seiner Rede aufgestellt hat, so zeigt es, was voraussehen war, daß man auf jener Seite auch jetzt noch nichts gelernt hat: Reformismus und Anpassungspolitik auf allen Gebieten! Nicht nach rechts dürfe das Steuer in Preußen gedreht werden, aber im Reiche müsse das Steuer mehr (!) nach links gedreht werden, meint er vorsichtig und hofft auf eine sozialdemokratische Mehrheit.

Daß es wirklich noch Arbeiter gibt, die glauben, daß die Scheidemannier ihrer Verantwortung bewußt gewesen seien, das wird Herr Braun utemaund mehr glauben. Uebrigens für einen Sozialdemokraten ist es doch eine recht bezeichnende Wendung, zuerst ein Bekenntnis an die Republik, dann zur Demokratie und zuletzt zum Sozialismus den Effekt des Wahlkampfes hinzustellen. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird über die Hege gegen die Kommunisten hinweg doch zur Einigung der Revolutionäre kommen müssen und dazu die Wahlpropaganda auszunutzen, ist die Aufgabe der Kommunisten!



# Provinz.

## Aufruf an alle revolutionären Proletariereatern! Genossen, Genossinnen!

Eure Aufgabe als Kommunisten ist es, das aufrüttelnde, mitreißende Element innerhalb der ausgebeuteten Menschheit zu sein, die verschlafen hinter den vorwärtsstürmenden Ereignissen einherhinkt. Ihr wißt, wie schwer diese Arbeit ist, wie sehr vergiftet die Diktatur der Bourgeoisie die geistige Macht des Kapitalismus über das Proletariat, ohne die der Bourgeoisie alle materiellen Machtmittel nicht nützen würden. Woher besitzt die Bourgeoisie diese geistige Macht. Genossen, Eltern, eine sehr wichtige Ursache davon ist die, daß es die Bourgeoisie verstanden hat, sich der Jugend zu bemächtigen, sich mit Pfaffen, Kriegsgelächtern, Gelbesagen, Siegesfeiern, Bleisoldaten usw. duldsame Sklaven heranzuziehen, die lautlos verhungern, auf die man sich am 2. August 1914 verlassen konnte, die mit dem Slavengefang auf den Lippen sich auf dem „Altar des Vaterlandes“ opferten! Genossen, Eltern, das ist die bürgerliche politische Erziehung der Jugend — dem entgegenzuwirken durch die proletarische sozialistische Erziehung, das ist die Aufgabe der proletarischen revolutionären Jugendbewegung. Laßt euch daher nicht durch das scheinheilige Geschrei der Bourgeoisie, die Jugend muß ferngehalten werden von der Politik, d. h. vom Denken und Kämpfen, beirren. Steht dem nicht die proletarische Jugend mitten in der Politik, in dem Kampf ums Leben. Denkt an die brutale Lehrlingsausbeutung, denkt an die Leiden der Jugend im Kriege. Seht euch eure bleichen und kranken Kinder an. Fördert daher die proletarische revolutionäre Jugendbewegung. Belehrt eure Söhne und Töchter, daß sie nicht ins Kino, in Spiel- und Tanzvereine, sondern daß sie zu uns gehören. Befolgt das Beispiel von Karl Liebknecht, der ein Mitbegründer und eifriger Förderer der proletarischen Jugendbewegung war. Erinnert euch, daß während dem Kriege an erster Stelle die revolutionäre proletarische Jugend das Banner der Internationalen hoch hielt. Denkt an die proletarische Jugend in Sowjetrußland, die die besten Kräfte zur Verteidigung der Revolution stellt. Das alles hat auch euer letzter Bezirksparteitag erkannt und danach beschlossen. Auch euer letzter Bezirksparteitag von Schlesien hat es euch zur Pflicht gemacht, eure Kinder in diesem Sinne zu belehren und die Jugendbewegung zu fördern. Wir rufen euch daher auf, diese Pflicht mit allem Eifer zu erfüllen.

Genossen, die mitarbeiten wollen, wenden sich an die Bezirksleitung der kommunistischen Jugend, Breslau 1, Rikolaisstr. 49/50 I.

Bezirksleitung der kommunistischen Jugend, Schlesien.

## Vofales.

Breslau, den 12. Januar 1921.

## Parteilalender.

Donnerstag, den 13. Januar 1921

- |              |                                      |
|--------------|--------------------------------------|
| District 1/2 | Ritterplatz 8 (Taubitzer Haus)       |
| 3/13         | Rikolaisstr. 27 (Acht Schwalben)     |
| 5            | Klosterstr. 16                       |
| 5a           | Weidenbamm 1                         |
| 7a           | Gräbchenstr. 259 (Gerichtstrenscham) |
| 8            | Reinholdstr. 84 bei Gemple           |
| 12           | Steinamerstr. Edel Anderssenstr.     |
| 14           | Weinstr. 12.                         |

Freitag, den 14. Januar 1921

- |            |                   |
|------------|-------------------|
| District 4 | Gellhornstr. 21   |
| 6          | Grabenstr. 50     |
| 7          | Strochstr. 16     |
| 9          | Leubnerstr. 12/14 |
| 9a         | Berlinerstr. 37   |
| 10         | Pöpelwitzstr. 31. |

### Funktionär-Sitzung

heute Mittwoch, abends 7 Uhr, im Parteilokal.  
Der Aktionsausschuß

### Praktiken der Kohlenverteilungsstelle.

Ein hiesiger Kohlenhändler schreibt: Am 3. Nov. 1920 erhielt ich von der Kohlenverteilung einen Ausweis über 400 Zentner Brilleis. Bei Abholung der Brilleis stellte sich nach bahnamtlichem Wiegen ein Minderergewicht von 40 Zentner heraus. Ich teilte dies der Kohlenverteilung mit und bezahlte nur die erhaltenen 360 Zentner. Die Kohlenverteilung verlangt aber auch die Bezahlung der garnicht gelieferten 40 Zentner und bracht bei Nichtzahlung mit Entziehung jeder weiteren Lieferung. Sie hat ihre Drohung mehr gemacht. Will ich nun den Schaden nicht selbst tragen, was ich auch gar nicht in der Lage bin, so muß ich meinen

Kunden gegenüber notgedrungen dasselbe unehrliche Spiel treiben und auch unter Gewicht verkaufen.

Weiter: muß jeder Kohlenhändler eine Ration von 800 Mt. der Kohlenverteilung als Sicherheitsleistung zahlen. Mit diesem Gelde, d. h. zwar mit meinem eigenen Gelde, arbeitet die Kohlenverteilung. Wenn ich aber 500 Mt. einmal nicht bezahlen kann, wird mir die Kohlenlieferung entzogen. Aus welchem Grunde die Sicherheit geleistet werden muß, soll der Magistrat einmal erklären.

Ich habe mehrere Waggon Kohle auf Reichsbahnbescheinigung direkt von der Grube erhalten. Der Preis beträgt für 400 Zentner mit Fracht 4381 Mt., mithin stellt sich ein Zentner auf 10,80 Mt. Also hat die Kohlenverteilung einen Gewinn von über 2,50 Mt. pro Zentner. Berücksichtigt muß noch werden, daß die Kohle staubfrei und ohne Schiefer und Steine ist. Die „Kohle“, die ich von der Kohlenverteilung erhalte, würde sich nach meinem Ermessen, wenn ich mir sie direkt ab Grube bestellen könnte, auf einen viel niedrigeren Preis stellen und könnte den Kunden viel billiger verkauft werden.

Ein Spediteur sagte mir, daß der Magistrat in der Gasanstalt die Kohle stiehlt, die größere Kohle für sich behält und den Schutt den Händlern abgibt. Er habe sie selbst mit seinem Fuhrwerk in der Gasanstalt abgeholt.

### Ein „sozialer“ Hausbesitzer.

Man schreibt uns: Eine felleute Witwe von Hausbesitzer scheint Herr Grüttner, Dirschtr. 82 zu sein. Bei jeder Gelegenheit faßt er von seinem sozialen Empfinden den Mietern gegenüber. Er wäre der Erste, der die Sozialisierung des Hausbesitzes unterstützen würde, denn er will nicht mehr Miete haben, als wie er zur Bewirtschaftung seines Grundstückes benötigt. Wenn man mit ihm spricht, könnte man fast annehmen, daß es auch so ist, denn er versteht so zudringlich seine vorzüglich soziale Empfindung zu beschönigen, daß ein

## Gute Bücher für Proletarier.

in der Gräbchenstr. 45.

## Wichtig für Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte.

Brandler, Rede, gehalten auf dem 1. Kongreß der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands.  
Preis 1,50 Mt.

## Kommunistische, sozialistische und schöne Literatur.

Kommunistische Bucherei, Breslau 5, Gräbchenstr. 45.

unerfahrener oder schlechter Kenner gewisser Hausbesitzer darauf hineinfallen würde. Die meisten Bezirksleiter des Breslauer Mietervereins gehören aber nicht mehr zu den schlechten Menschenkennern, hauptsächlich nicht zu den unerfahrenen Kennern gewisser Hausbesitzer bzw. Vermieter. Vor allem zweifeln sie nicht an ihrem sozialen Empfinden, wie nachstehende Zeilen beweisen werden. In Wirklichkeit sieht es so aus. Herr Grüttner benützt in seinem Grundstück folgende Räume für sich:

1. Zwei Wohnungen. Weil er nur eine braucht, hat er die andere „möbliert“ vermietet, da gibt es doch im Gesetz keine Höchstmietengrenze. Rein sozial.

2. Eine Kellerwohnung, die früher und zwar noch vor kurzem bewohnt war, er aber die Frau in eine andere Wohnung hineinkomplimentiert hat. Diese Wohnung benützt er um seine Winterfahrten (es lagern dort gegenwärtig circa 200 Zentner) unterbringen zu können.

Sahrscheinlich keine Schieberware.

3. Im Hofe benützt er einen früher von der christlichen Gemeinde „Stamm Juda“ als Pflanzal gemieteten Raum ebenfalls als Lageraum. Grund unbekannt.

Wenn dieser Raum vom Wohnungskommissar befreit würde, ich glaube, er macht eine schöne Wohnung daraus, denn es befinden sich große Fenster darin und sonst ist auch alles in Ordnung. Die Zeit der Wohnungszahl ist ja nun längst vorüber, aber manch Ehepaar würde sich dort zeitgemäß glücklich fühlen. Dieser Mieterverein und soziale Hausbesitzer hat aber noch mehr für seine Bewohner übrig. Kürzlich wollte er wieder Mieterhöhung haben und lagte beim städtischen Mietscheinigungsamt auf Grund des § 10 der Mieterverordnungsverordnung. Er wurde mit der Klage abgewiesen bzw. er zog diese auf Anraten des sorgenden Juristen. Er konnte es sich dann nicht verkneifen, sein eigenes Wohlwollen und soziales Empfinden den Mietern zu offenbaren und sagte folgendes:

Wer nicht in 1/2 Jahr auszieht, wird verschüttet. Er will das Haus in die Luft sprengen oder er läßt es abreißen und verkauft es als Baustoff, weil er da mehr daran verdient als am Wohnungvermietern. Auch will er das Dach herunternehmen, dadurch will er die Mieter zum Ausgehen zwingen und will dann Mieterhöhung in die Wohnung legen. (Den scheint er besser zu sein wie den Mietern.)

Wenn die Zeiten nicht so bitter ernt wären, könnte man annehmen, es sind Bisse. Auch könnte man solche Reden einem Rechten, der als ungeheilt, aber gebessert von der Retortenmilch

Einbaumstraße entlassen worden ist, nicht übel nehmen. Mit dem ist nicht so. Herr Grüttner, Dirschtr. 82, ist ein glücklicher Geschäftsmann. Wenn es heißt Geld verdienen, ob dabei arbeiten zu brauchen, da hat er seinen Kopf auf dem richtigen Fleck. Er besitzt drei Häuser und scheint die Mietscheine haben, ein vierter zu kaufen. Er möchte aber gern das Pa. Dirschtr. 82 verkaufen, weil ihn die Mieter dadurch ärgern, daß diese alle Mitglieder des Breslauer Mietervereins sind und sich seine Spitzzettel nicht gefallen lassen. Wie verkauft soll ein Käufer bereits vorhanden sein. Aber auch da hat er einen sozialen Haken, er kann nämlich 20000 Mt. mehr dafür bekommen, wenn er vor dem Verkauf die Mieten erhöht. Da gern den Mehrbetrag einstecken möchte, hat er ein zweites Mietscheinigungsamt vor das Mietscheinigungsamt geladen und bleibt der Zukunft überlassen, wie das Urteil ausfallen wird. Genau wie viele andere Hausbesitzer, läßt auch dieser für seine Mieter keine Reparaturen ausführen. Nur die von ihm benötigten Räume hat er renovieren lassen, diese Unkosten möchte er abgerufen auf die Gesamtmietererschaft seines Hauses abwälzen. Es ist die höchste Zeit, daß mit derartig „sozial denkenden“ Hausbesitzern endgültig aufgeräumt wird.

## Lichtbildervorträge im städtischen Schulmuseum.

Im städtischen Schulmuseum, Paradisestr. 25/27, finden vom 12. Januar an jeden Mittwoch von 6 bis 6 Uhr Lichtbilder vorträge statt. Begonnen wird mit Bildern an Alt-Breslau. Folgen werden: Vorgeschichte Schlesiens, Riesengebirge, Grafschaft Glatz nebst Ober- und Niederschlesien, Deutschland im allgemeinen, Österreichische Hochalpen, Wienerwald, Semmering, Transjerggebiet, Karst, Gardasee, Schweiz, Ägypten, Palästina. In den Sonnabenden werden von 5 bis 6 Uhr physikalische Vorführungen aus dem Gebiete der Elektrizität geboten.

## Raffierer! Achtung. Raffierer!

Sämtliche Raffierer haben von Freitag, den 14. d. Mts. ab zwischen 5 und 7 Uhr nachm. im Parteibüro für Dezember 1920 abzurechnen. Es ist darauf zu achten, daß jeder Genosse a. 1. November 1920 2 Mt. Beiträge und vierteljährlich 1 Mt. Kampffonds geleistet hat. Genaue Bücherrevision ist vorzunehmen und die alten Bücher (N. S. V. D., 3. Internationale) sind einzuziehen. Da ab 1. Januar 1921 Mitgliederkarten und Marken der N. S. V. D. ausgegeben werden, so dürfen die alten Marken auf keinen Fall für Januar 1921 Verwendung finden. Die Höhe der Mitgliederbeiträge ab 1. Januar 1921 wird noch in der Zeitung bekannt gemacht. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Geldbeiträge (auch auf Sammelheften) nur an den Raffierer abgegeben werden dürfen.

Künftig ist bei jeder Abrechnung auch die Mitgliederbewegung der Distrikte dem Raffierer anzugeben und zwar 1. a) arbeitende Genossen, b) arbeitende Genossinnen, 2. a) arbeitslose Genossen, b) arbeitslose Genossinnen.

Raffierer der Ortsgruppe Breslau, W. R. P. D.

## Sammlungen für Rotarmisten!

Von Frau K. erhalten: 1 Paar Lederschuhe, 1 Jacke, 3 Tischtücher, 1 Handtuch, 1 Paar Frauenstrümpfe, 2 Paar Socken, 1 Hemd, 1 Schürze. Von Frau Kubinski erhalten: Brotmarken für 20 Pfund Brot, von Frau Wels 10, von Ungenannt 8, von Frau K. 2 und von Genossen H. Jochmann Brotmarken für 8 Pfund Brot. Von Ungenannt 100 Stück Zigaretten, von Genossen S. D. R. 5 Mark, von Gen. Köcher, Anderssenstr. 12 Mark erhalten.

Bezirksleitung Schlesien

Sammelstelle für Rotarmisten, Breslau, Rikolaisstr. 49/50  
J. A. Gruschwitz.

## Sammlung für die Opfer der Arbeitslosen- demonstration am 27. Dezember 1920 auf dem Palaisplatz.

Eingegangen von Frau Wels, Breslau 5 Mt., von den Arbeitern des Zeugamts Breslau 146,40 Mt., von Gen. S. D. B. 5 Mt., von Kreislorenz Gottesberg 43 Mt., von den Arbeitern der Firma Wehr. Bohl, Schmiedeburg 296 Mt. Zusammen 490,40 Mt.

Bezirksleitung Schlesien. J. A. Gruschwitz.

## Internationaler Bund der Kriegsoffer.

Anfragen, sowie sämtliche Schreiben bitten wir zu richten an: Internationaler Bund der Kriegsoffer, (Geschäftsstelle Schles. Arbeiter-Zeitung), Rikolaisstr. 49/50, Ortsgruppe Breslau.

## Achtung! Genossen!

Liebknecht-Luxemburg-Gedächtnisfeier.  
Sonntag, 15. Januar, abends 7 Uhr, in der Aula des Zwinger-Gymnasiums (gegenüber dem Stadttheater).  
Kommunistische Jugend, Ortsgruppe Breslau.

## Magistrats-Mitteilungen.

### Auf zwei Bekanntmachungen

des Magistrats, Verlegung einer Brotmarken-Ausgabestelle und öffentliche Mahnung rückständiger Abgaben wird hiermit noch besonders aufmerksam gemacht.

## Geschäftliche Mitteilungen.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß am Freitag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, im Zwinger-Gymnasium, ein Anfängerkursus für Stenographie stattfindet.

Bernantwortlich für den gesamten Inhalt: Schriftführer: Liebschawer & Meyer.  
Druck: Buchdruckerei Pöpel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.  
Mittwoch 7 Uhr.  
Nigolotta.

Jobe-Theater.  
Freitag 7 1/2 Uhr.  
Die fünf Bräutigame.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr.  
Strandpöbel.

Otto-Theater.  
Freitag 7 1/2 Uhr.  
Die Präsidenten.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr.  
Falschspiel.

Schauspielhaus.  
Opernhaus, R. R. 100  
Freitag 7 1/2 Uhr.  
Der letzte Schah.

Liebsch-Theater  
Täglich 7 1/2 Uhr.  
Der große Krieg des  
Januar-Programms.

Ober-Bayern  
Täglich  
die wöchentlichen  
Oberländer  
Lied, Roman, Tanz.

St. Hubertus-  
Salle  
Mittwoch-Abend 8 Uhr  
Jeden Mittwoch  
und Sonntag  
groß. Milit. Tanz  
Veranstaltung Musik-  
worn og. chindl  
Richard Engel  
und Frau.

Kranke  
Herz-Kreisl.-, Haut- und Ge-  
schlechtskrankheiten behandelt  
mit Erfolg. Viele bewährte  
Anwendungsmittel von ausge-  
übten Praktiker.  
Hilfsklinik Franz Juchacz,  
Palaststr. 22, II. Et. 122.  
9-1, 3-7, Sonntag 9-12.

Frauen-  
Zeitschrift  
Wann alles verfliegt, denn  
schmerz Sie bei  
Periodenstörung  
mit Herzschmerz  
nicht unbedenklich  
Schmerz.  
Preis Mt. 17,- z. 25,-  
Nicht heim. Versand.  
Sonder empfang.

Gummibaren  
für Damen und Herren,  
Eigenschaften: Strapazier,  
zäh-z. elastisch,  
Kaugummi-gut Einwirkung  
von 12 L.-  
J. A. Gebauer  
Breslau 6, Nr.  
Dresdener Straße 1, II.  
646 Buchh.-Büch.-Gz. 36.

Öffentliche Mahnung.  
Wir ersuchen, rückständige Abgaben\*)  
bis zum 13. Januar 1921  
an die städtische Steuerzahlsstelle zu entrichten.  
Am 14. Januar 1921 beginnen wir mit der Zwangs-  
verhaftung noch bestehender Rückstände. Bargeschlo-  
ßene Mahnung muß so zeitig geleistet werden, daß die Steuer-  
zahlsstelle am 13. Januar 1921 über den Betrag ber-  
richtigen kann.  
Städtische Steuerkasse.

\*) Als rückständig gelten die bis 8. Januar 1921  
nicht gezahlten Beträge  
an Grundsteuer, Vermögenssteuer und Gewerbesteuer  
für 1. bis 3. Vierteljahr 1920 (April-Dezember  
1920) und an Betriebssteuer und Grundsteuer  
für das 3. Vierteljahr 1920,  
sowie ein Steuerbetrag über die Abgaben in der Zeit  
vom 8. November bis 31. Dezember 1920 gezahlt  
worden ist.  
Städtische Steuerkasse  
1. Dirschtr. 82/83  
16/17  
Ultras  
Rikolaisstr. 49/50

Bekanntmachung.  
Die Brotmarkenausgabestelle des 20. Polizei-Re-  
giments, 78, wird am Dienstag, den 11. Jan.  
1921, nach der Strobarade, Kreuzstr. Edel &  
Wilmhelm-Str. (am Döberbergamt) verlegt.  
In dem Umzugstage wird das Publikum bis 2  
Uhr in der Gabelstr. 78 abgefertigt.  
Stadtverteilungsstelle.

Stenographie  
Kursus (Anfänger beginnt  
am Freitag, den 14. Januar,  
abends 7 Uhr im Zwinger-  
gymnasium. Preis der Lehr-  
mittel einschl. Unkosten-  
beitrag 15 Mt. Meldungen  
werden an diesem Abend  
entgegengenommen.  
Arb.-Sta.-Veroin  
„System Arnold“  
Möbel  
Impf. St.  
a. Adler  
richtig  
einzel. Schrank, Bett-  
stuhl, Tisch, gute  
Schlafzimmer, Kasten,  
Küchenschrank, etc.  
Küchenzubehör  
Billigste Preise.  
Lieferung.  
BUCHMAN  
Friedrichstr. 2, 646